

WAHLKAMPF

Laptop und Lederhose

Edmund Stoiber möchte dem Kanzler zeigen, wie die Union gegen Gerhard Schröder siegen kann. Eine Niederlage von Helmut Kohl kalkuliert der Bayer dennoch ein – für die nächste Runde steht er als Kandidat in aller Stille schon bereit. *Von Hans-Joachim Noack*



Bayern-Politiker Stoiber (Anfang Mai mit „Eurofighter“-Modell im Dasa-Werk Manching): Im Taumel der Wachstumsschübe

F. HELLER / ARGUM

Im Wallfahrtsort Altötting, wo ihn in einem Festzelt bei Schweinshaxn und Blasmusik mehrere tausend Menschen empfangen, zeigt sich Edmund Stoiber heimatverbunden. Bayerns Ministerpräsident erscheint dort im zünftigen Trachtenlook; neben den Mikrofonen deponiert er eine volle Maß Bier, die er unbedingt in Griffweite haben muß.

Enthusiastisch rühmt sich der Redner in langen anderthalb Stunden seiner Nähe zu Land und Leuten, einer auf Brauchtum und Tradition gegründeten „authentischen Lebensart“, in der er sich von niemandem etwas vormachen lassen

möchte. Aus dem demonstrativ aufgepflanzten Steinkrug kommt ihm freilich kein einziger Schluck über die schmalen Lippen.

Eine für Stoiber wohl typische Szene. Immer noch hat sich der chronisch gespannte 56jährige Jurist aus Wolfratshausen seinen Populismus mühsamer zu erarbeiten als mancher dazu Talentiertere in der Politik, aber das bekümmert ihn nicht. In Bayern wird am 13. September ein neues Parlament gewählt, zwei Wochen vor der Bundestagswahl; da achtet er peinlichst darauf, seine unbezweifelbare Stammeszugehörigkeit zu beweisen.

Denn das ist ja das eigentliche Anliegen, mit dem der Star der seit fünf Jahrzehnten regierenden Christsozialen in zäher Entscheidung seine 71 Landkreise abklappert: In einer zusehends sich nivellierenden Welt geht es ihm in Deggendorf oder Furth am Wald zuvörderst darum, dem vermeintlich „ältesten Kulturstaat Europas“ seine „einzigartige Unverwechselbarkeit“ zu erhalten.

Die Alpenrepublik und ihre von „Brüsseler Einheitsbrei“ oder Überfremdung durch Ausländer bedrohte Identität heißt sein Tophema – aber auch Bayern als Hort der Moderne und einer Zukunft, die er in

leuchtenden Farben schildert. In einen wahren Taumel versetzt ihn vor allem der „die Wachstumsschübe sichernde Sektor der Hochtechnologie“, den er nirgendwo sonst so erblühen sieht.

Eine geglückte Symbiose „aus Laptop und Lederhose“ hat Bundespräsident Roman Herzog, ein Landshuter, diesen Wandel kürzlich genannt: für den ehrgeizigen Edmund Stoiber das denkbar schönste Prädikat. Wo immer er aufkreuzt, variiert der High-Tech-Fan die gefällige Metapher mit einer Ausdauer und Leidenschaft, daß ihm am Ende der Schweiß in den Hemdkragen läuft.

Vermutlich liegt das auch daran, daß er sich wie gewohnt mit der weiten Welt anlegt, während ihm das außerbayerische Deutschland nicht mehr so wichtig zu sein scheint – doch der Eindruck täuscht. Der fetzige Landtagswahlkämpfer führt den ebenfalls anstehenden Bundestagswahlkampf nur auf seine Weise.

Sollen andere, zum Beispiel der rivalisierende CSU-Vorsitzende Theo Waigel oder dessen Bonner Landesgruppe, dem bedrängten Helmut Kohl beispringen: Edmund Stoiber beschäftigt sich ausschließlich mit dem dreisten Herausforderer. Daß der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, wie er erfahren haben will, „als Ouvertüre für den Machtgewinn in der Bundesrepublik zu einem Wechsel in München aufruft“, scheint ihm schier den Atem zu rauben.

Empört nimmt der christsoziale Klassenprimus seither jede Gelegenheit wahr, um den „frechen Kerl“, der die tüchtigen Bayern mit „niedersächsischen Verhältnissen“ zu infizieren gedenke, an den Pranger zu stellen. Möge, wer immer das für richtig halte, „vor dem sogenannten Schröder-Effekt einknicken“, hämmert er verbissen drauflos, „an mir wird er sich die Zähne ausbeißen“.

Ein bißchen theatralisch muten die Attacken schon an, mit denen da ein ausgewiesener Pragmatiker einem geistesverwandten roten Realo in die Parade fährt – doch er meint es ja gar nicht so. Jenseits von Bierzelten und Stammtischen, etwa in seiner Münchner Staatskanzlei, verrät der Hausherr, was er tatsächlich denkt: Aus seinem Munde werde „keiner je ein wirklich böses Wort über diesen Menschen hören“.

Das Schaufegeht mit dem machtbewußten hannöverschen Genossen bezieht auch aus anderen Gründen seinen Sinn. Zum einen möchte der Oberbayer – auf Schröders klassischem Feld der Wirtschaft mindestens so erfolgreich – seine Ebenbürtigkeit signalisieren; allem



Rivalen Schröder, Stoiber*: „Kein böses Wort über diesen Menschen“

voran aber soll sich der unbewegliche Unions-Spitzenkandidat von ihm abgucken, wie man gegen so einen um Wähler ringt.

Er habe Kohl „den Rat gegeben“, bestätigt der Christsoziale, dem in seinem eigenen Lande hochverschuldeten und wenig effizienten Sozi die „eindrucksvollen Rahmendaten aus Bayern und Baden-Württemberg“ vor Augen zu führen; nur, man kennt ihn ja, den Kanzler. „Erst jetzt“, klagt er leise – was wohl heißen soll, verspätet –, „kommt der Kohl mit meinen Beispielen.“

Vermutlich muß Stoiber so reden, weil es heuer auch um ihn nicht zum besten steht. Hatte der seit fünf Jahren amtierende Regierungschef 1994 noch satte 52,8 Prozent der abgegebenen Stimmen hinter sich gebracht, dümpelt seine spürbar verunsicherte CSU in den Umfragen deutlich unter der von ihr selbst gesetzten Erfolgs-

marke „50 plus x“. Für den ehemaligen Musterschüler des großen Franz Josef Strauß selig ist das ein schmerzlicher Schwund.

Doch andererseits winkt ihm die Chance, binnen kurzem an Gewicht zuzunehmen. Während in München als wahrscheinlich gilt, daß die Christsozialen ihre, zumindest auf der Mandatsmehrheit fußende, Alleinherrschaft über Bayern fortsetzen, bibbern die gestreßten Unionsparteien dem 27. September entgegen. Bei der Bundestagswahl könnten sie vollends aus der Macht gekippt werden.

Käme es aber so, stiege Stoiber angesichts eines kärglichen Rests verbleibender konservativer Spitzenkräfte womöglich zum neuen Trendsetter auf, den er im übrigen schon jetzt zu verkörpern sucht. Kaum ein Tag geht dahin, an dem der hibelige „Sachüberzeugungstäter“ die erstaunte Öffentlichkeit nicht mit irgendwelchen Heulern überrascht.

„Knallerbsen-Ede“, wie ihn die sozialdemokratische Gegenkandidatin Renate Schmidt bespöttelt, ist unentwegt in action: Seine vom Dienstag vergangener Woche datierenden, vorerst letzten Demarchen verlangen den Aufbau einer bundesweiten Erfassungsstelle im Kampf gegen Kinderpornographie und die Einführung der berüchtigten Autobahnvignette.

Daß die Maut in der Bonner Koalition prompt den üblichen Streit entfachte, stört ihn nicht. Spätestens seit ausgerechnet sein Parteivorsitzender Theo Waigel mal eben so „in bestimmte Richtungen dachte“ und



Lehrmeister Strauß, Stoiber (1979): Schmerzlicher Schwund

* Bei der Salvatorprobe im März in München.



F. DARCHINGER

CSU-Wahlvolk (in Erlangen): „Das Bayerische in Deutschland stärken“

den imageschädigenden Disput über die Tolerierung eines SPD-Minderheitskabinetts anzettelte, setzt Stoiber nun schon fast fröhlich auf die totale Offensive. Wenn er selber nur hoch genug gewinne, macht er glauben, kriegten die Freunde „den nötigen Kick“.

In Wahrheit ist der Landesfürst ziemlich angesäuert. Die Ursache für die Verluste der Christlich Sozialen Union wurzelt nach seiner Analyse in der „politischen Großwetterlage“, im Klartext: in Bonn. „Aber welche Meinung ich dazu habe“, sagt er den Zuhörern grimmig, „brauche ich Ihnen im einzelnen ja nicht darzulegen.“

Statt dessen wirbt er etwa in Altötting mit der ihm eigenen Eindringlichkeit für die Wiederwahl des CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Hollerith aus Anzing, „weil in Deutschland das Bayerische gestärkt werden muß“. Der gerade vom Rhein angereiste Spezi bedankt sich dafür, indem er seinerseits begeistert anonyme Parlamentskollegen zitiert: „Ach, hätten wir doch einen wie den Edmund Stoiber bei uns.“

Natürlich zaubern solche Elogen dem gerührten Kandidaten ein gewisses Leuchten in die käsigen Gesichtszüge, aber helfen kann er den Claqueuren derzeit nicht. Bis auf weiteres hält ihn noch der Freistaat gefangen – nur wenn er dort die Bastion zu verteidigen imstande ist, weiß der ausgebuffte Politprofi, wird sich sicher auch die ewige bajuwarische Sonderrolle behaupten lassen.

Und dafür schlägt er bisweilen zu, als sei er noch jener als „blondes Fallbeil“ verschriene CSU-Generalsekretär, der in den wilden Siebzigern Straußens Kreuzzüge

zur Rettung des Abendlandes organisierte. Aus Angst vor Reps und schlimmeren deutschümelnden Ultras besetzt er mit eindeutigen Hinweisen auf die Bosnien-Flüchtlinge („Geht nach Hause ...!“) selber den äußersten rechten Rand.

Zwar ist es ja neuerdings weniger das Vaterland, dem Stoiber die ihm verhaßte Multikulti-Gesellschaft vom Hals schaffen möchte, als „die Heimat“, doch das bremsen seinen Brachialstil nicht. Nachdem das unaufhaltsam zusammenwachsende Europa den Nationalstaaten peu à peu das Wasser abzugraben beginnt, spricht er den Provinzen um so größere Bedeutung zu, und die nutzt er.

Da ist es doch wohl logisch, daß der Regent einer Region wie Bayern, die er zu „den wichtigsten unter den 247 in der EU“ zählt, immer öfter auch den Außenminister

„entlasten“ muß. Die von ihm jüngst erhobene Forderung, der Tschechischen Republik den ersehnten Beitritt in die Union nur dann zu gestatten, wenn Prag den Sudetendeutschen das Recht auf Selbstbestimmung einräumt, sieht er unbeirrt als seine Pflicht an.

Daß sich einer wie Stoiber, falls in Bonn die bisherige Regierung scheitern sollte, auf seine angeblich heile Welt zurückzieht, ist denn doch unwahrscheinlich. Zwar sieht er mit Sorge, wie sich viele Deutsche die Große Koalition schönreden – eine von ihm „ums Verrecken nicht gewollte demokratiefeindliche Lösung“ –, aber dann folgt auch gleich das Dementi.

Nein, solche Schwüre halten bei der zunehmenden Flexibilität des Münchner Regenten gerade mal so lange, wie sich ihm der nächste Gedanke als noch zwingender aufdrängt, und der betrifft das unionsinterne Bündnis. „Entweder beide raus oder beide rein“, verlangt er strikt. Das „hohe Gut“ der Fraktionsgemeinschaft ist schon deshalb zu schützen, weil er ansonsten an Einfluß verlore.

Zumindest insoweit hat sich Stoiber offenbar auch vom verehrten Lehrmeister Strauß abgekoppelt. Noch Jahre nach dessen berühmtem Trennungsbeschuß von Kreuth anno 1976 war sich der Eleve sicher, eine über die Ufer tretende CSU werde die politische Landschaft erheblich beleben. Letztmals wollte er 1990 mit seinem Ableger DSU in Sachsen einmarschieren; doch die Lust dazu ist ihm abhanden gekommen.

Also Schluß mit dem „theoretischen Geraune“, alles „dummes Zeug“, echauffiert sich der Wahlkämpfer. Daß sich derartige Überlegungen nur als mangelnde Siegeszuversicht deuten lassen, hat ihm kürzlich erst wieder die „Bild“-Zeitung reingerieben. „Wird der bayerische Löwe feige?“ fragt das Massenblatt



T. EINBERGER / ARGUM

Koalitionspartner Waigel, Kohl*: „Beide rein oder beide raus“

* Auf dem CSU-Parteitag im November 1997 in München.

und wirft den Christsozialen kleinlaut Töne vor.

Er ärgert sich, aber er glaubt auch zu wissen, daß das eigentlich nur für die Partei gelten kann. Auf der Skala der im Freistaat wirkenden politischen Gestaltungskräfte, beweisen ihm Umfragen, steht die CSU eh nur an dritter Stelle. Platz zwei gehört der Landesregierung, während obendrüber, sich turmhoch erhebend, der Kni Stoiber thront.

Stimmen die Zahlen, wünschen selbst 32 Prozent der bayerischen SPD-Anhänger seine Wiederwahl – und „der Prophet der Moderne“, als den ihn die „Zeit“ feiert, tut dafür einiges. Mit einem Federstrich die bislang eisern vorgehaltenen Standorte für neue Kernkraftwerke zu räumen, um so die Konkurrenz gefährlicher Öko-Gruppen zu schwächen, muß ihm erst einer mal nachmachen.

Weil in dieser Kampagne alles auf seine Person zugeschnitten ist, darf er sich das leisten; doch zuweilen befällt sogar ihn eine nur schwer zu besänftigende Unruhe. Je weiter seine Spielräume, desto eindeutiger die Verantwortlichkeit, wenn am Ende das böse Erwachen stehen sollte. Man könne „schließlich auch abstürzen“, barmt der Landesherr.

Denn das ist ja das Berauschende und zugleich Nervende an dieser komplexen Gemengelage. Einen vom Glanz seines frischen Lorbeers umstrahlten Edmund Stoiber würde für den Fall der in Bonn zeronnenen Macht (in deren Gefolge er eine allenfalls kurzfristige Rot-Grün-Phase für möglich hält) schon ein bißchen die Neugier packen: „Zu erfahren, wie hoch man dann meinen Rat bewertet, wäre gewiß interessant.“

Aber daß ihm nun bloß nicht wieder die üblichen bundespolitischen Ambitionen unterstellt werden! Das Amt des Kanzlers im Verhältnis zu dem des bayerischen Ministerpräsidenten, erklärt der Dr. jur. penibel die Hierarchien, sei „weder Major oder Minor, sondern ein Aliud, also das in keiner Weise höher- oder minderwertige andere“. Wer wolle ihm da plausibel machen, weshalb er einen solchen Job begehren sollte.

Nur vielleicht ... und mal angenommen, die Union spränge im Bund zu kurz, während er selber bei seinen Prozenten „als erste Zahl einen Fünfer hätte“, grübelt der CSU-Matador als Gast einer Podiumsdiskussion in Stuttgart – und bricht den Satz dann ab.

Da trifft es sich gut, daß der neben ihm sitzende baden-württembergische Regierungschef Erwin Teufel das Bild rundet. Dessen Antwort – ein betontes Ja – auf die Frage aus dem Plenum, ob er sich unter Umständen einen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber vorzustellen wage, gefällt dem bayerischen Freund.

Derzeit habe man ja noch einen, fügt der Kollege schmunzelnd hinzu, „aber in Zukunft kann darüber geredet werden“. ♦

Der letzte Spatenstich

RUDOLF AUGSTEIN

Helmut Kohl, so scheint es, will letzte Rangabzeichen für seine Regierungszeit abliefern. Erneut hat er verkündet, er wolle seine Entscheidung über das nun wirklich frivole Holocaust-Denkmal in Berlin noch vor der Bundestagswahl treffen.

So ist er nun einmal: eine Mischung aus Selbstüberheblichkeit, Ignoranz und Angst vor seiner Denkmalswürdigkeit. Kohl, nicht gerade ein fruchtiger Philosemit, aber auch kein Antisemit, hat die Sache so behandelt, daß sie nach einem anderen Naumann förmlich schreit. Der ästhetisch nicht gerade beleckte Kanzler hat den künstlerisch ebenso wenig begabten Ignatz Bubis offenbar um dessen Genehmigung gebeten, die abscheulich aufgepumpte Kollwitz-Figur in die Neue Wache stellen zu lassen. Bubis hatte nichts dagegen, forderte aber ein Mahnmal für die Opfer des Holocaust.

So will es die Legende, aber so ist es wohl auch in Wahrheit gewesen. Ein Herzensanliegen war dem Helmut Kohl die Sache gewiß nicht, sonst hätte er nicht unter Strandkörben verkünden müssen, er werde noch vor den Bundestagswahlen entscheiden. Bubis mußte das Versprechen wohl oder übel ernst nehmen, obwohl er keinerlei Vorstellung hatte, was da geschehen sollte.

Daß die ganze Nation sich an dem Vorhaben hätte beteiligen müssen, kam keinem der beiden in den Sinn. Und so wurde alles bis zum heutigen Tage zerredet, weil Kohl und Bubis nicht genügen, um der neuen Hauptstadt ein prägendes Mahnmal zu geben, das von den Bewohnern wie von den Besuchern als authentisch anerkannt wird.

Die Idee dazu lag nahe, als Berlin wieder Hauptstadt wurde. Den Zugriff hatten Idealisten und Wichtigtuer.

Man hätte von Anfang an sehen können, daß Adäquates nicht möglich war, weil es Adäquates in der Vergangenheit des Deutschen Reiches nie gegeben hatte. Man hätte es wissen können, aber vielen schien die Idee moralisch zwingend. Inzwischen sind die wichtigeren Befürworter aus ehrenvollen Gründen von ihrer Meinung wieder abgerückt. Ästhetik und Judenvernichtung können, das hat der umfängliche Wettbewerb erwiesen, nicht zusammengebracht werden.

Das Mahnmal, so sahen es viele von Anfang an, sollte als eine Art Sühnebock herhalten, damit des schlimmsten Verbrechens unserer großdeutschen Geschichte fürder nicht gedacht werden mußte. Man hatte ja seinen Teil abgeleistet, man war entsühnt.

Ein neues Moment kam ins Spiel, man dürfe doch ausgerechnet einem Juden, dem Architekten Daniel Libeskind, das Projekt nicht verweigern. Da wäre sie denn wieder, die saubere Rassenrennung, wo ein jüdischer Künstler anders behandelt wird als ein Nichtjude. In der Kunst aber gibt es viele Künstler, keine Juden und keine Nichtjuden.

So kann denn Kanzler Kohl auch nur am Ostseestrand seine beinahe nur noch private Entscheidung bekanntgeben. Sie will nicht mehr viel besagen. Berlins Regierungschef Eberhard Diepgen ist seit langem gegen das ihm ja auch in neuester Form vorliegende Projekt, sicher aus Überzeugung, aber auch, weil er weiß, wie unerfreulich die bisherigen Auseinandersetzungen waren.

Der künftige Kulturbeauftragte eines Kanzlers Schröder, Michael Naumann, hat seinen Vergleich mit den Entwürfen Albert Speers bereits wieder zurückgezogen. Er habe „im Eifer des Gefechts“ gesagt, was er gar nicht gemeint habe, ist also dem Streß, den er sich selbst auferlegt hat, zum Opfer gefallen. Die Herren sollten sparsamer mit Interviews umgehen, wo sie doch noch gar nicht ernannt worden sind.

Es wäre kein allzugroßes Unglück, wenn das so künstlich angelegte Projekt zurückgezogen und durch neues Nachdenken zu einer anerkannten Gedächtnisstätte würde. Die amerikanischen Juden würden Bubis unter Druck setzen, aber der hat einen breiten Buckel. Er ist Pragmatiker und sieht durchaus, wenn ein Vorhaben mehr Schaden als Nutzen bringt. Wäre Kohl seiner Wiederwahl sicher, so würde er das Monstrum verwirklichen.

Ihm bleibt nun nur noch, wie das „Hamburger Abendblatt“ rät, einfach einen ersten Spatenstich zu tun und das Projekt damit unwiderruflich zu machen. Wo stechen?

Das Gelände ist groß genug. Es wäre nicht nur sein erster, sondern nach allem wohl auch sein letzter Spatenstich.